

## **Kraftwerk Jänschwalde, 10. November 2018**

In den 1970er Jahren plante die DDR-Führung ein neues Großkraftwerk und die Wahl fiel auf die "Kleine Heide" bei Peitz. Das letzte in der DDR gebaute Kraftwerk ging im Laufe der 1980er Jahre ans Netz.

Dafür wurden zwei Tagebaue neu aufgeschlossen und so wurden Dörfer wie Weißagk, Tranitz, Groß Lieskow und Klein Lieskow hier verheizt.

In diesem Teil der Lausitz hatte der Kohlebergbau keine hundert Jahre lange Tradition und viele Menschen empfanden das Kraftwerk und die Tagebaue als fremdartige neue Bedrohung ihrer angestammten Heimat.

1990 hofften sie, Worte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit würden bedeuten, dass die Umsiedlung von Dörfern für Kohletagebaue ein Ende hat.

Für die Einwohner von Horno hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Sie haben sich über viele Jahre mit allen legalen Mitteln gewehrt, haben vergeblich die Gerichte bis in die höchste Instanz angerufen. Die Methoden, mit denen der Bergbau sich durchgesetzt hat, sind nach heutiger Rechtsprechung nicht verfassungskonform gewesen. Aber diese Urteile fielen zu anderen Tagebauen und erst zehn oder mehr Jahre nach der erzwungenen Umsiedlung von Horno.

Zur gleichen Zeit konnte sich auch der Widerstand in Lacoma vor Gericht nicht durchsetzen. Es gab keine aufschiebende Wirkung für eine Klage, der Tagebau durfte Tatsachen schaffen. Die Lacomaer Teiche waren ein europäisches Schutzgebiet, sollten aber dem Allgemeinwohl weichen, weil sonst angeblich ein Block des Kraftwerkes Jänschwalde hätte abgeschaltet werden müssen.

Heute ist ein erster Block des Kraftwerkes abgeschaltet – dem Allgemeinwohl zuliebe, wegen dem Klimaschutz, mit dem wir 2006 vor Gericht auch schon argumentiert haben.

Trotzdem bedroht dieses Kraftwerk noch ein weiteres Dorf. Denn laut Revierkonzept der LEAG soll es bis nach 2030 weiterlaufen, mit „Kohle aus dem Süden des Reviers“. So wird ein Kohlebedarf errechnet, dem auch der Ort Proschim noch zum Opfer fallen soll.

Die vier verbleibenden Blöcke dieses Kraftwerkes setzen jedes Jahr etwa 16 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> frei, entziehen gleichzeitig der Region Millionen Kubikmeter Wasser, die aus den Kühltürmen entweichen. Sie sind heute die ältesten ineffizientesten und klimaschädlichsten Kohleblöcke der Lausitz.

Sie müssen deshalb eher abgeschaltet werden, als die anderen zwei Lausitzer Kraftwerke. Aber wann, ist noch immer nicht geklärt. Die Wunschvorstellung des Unternehmens ist kein Gesetz, sie hat noch nicht einmal eine nachvollziehbare Begründung. Nachvollziehbar begründet ist dagegen die Studie, derzufolge das Kraftwerk 2019 komplett stillgelegt werden müsste, um das Zwei-Grad-Ziel noch zu erreichen.

Deutschland muss beim Klimaschutz handeln und auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht deutlich, dass dazu zusätzliche Maßnahmen kommen müssen.

Proschim hat deshalb gute Chancen stehenzubleiben. Aber das wäre kein reiner Grund zur Freude. Denn die Landesregierung in Potsdam hat die Menschen in der Region um die Zeit betrogen, sich auf das Ende des Kraftwerkes vorzubereiten.

2007 wurden die Klimaschutzziele der Bundesregierung beschlossen. Bis zum Ziel für 2020 waren es noch 13 Jahre, man hätte sie nutzen können, um die Zukunft nach dem Kraftwerk vorzubereiten.

Was geschah stattdessen? Die Potsdamer Landesregierung und der Kohlekonzern redeten den

Menschen ein, es würde ein neues Kraftwerk gebaut, dass bis 2070 Arbeit und Wohlstand sichern würde. Als dieser Plan 2012 scheiterte, hatten die Politiker fünf Jahre lang nicht einmal den Mut, das zuzugeben, sondern warteten darauf, dass der Konzern das tut. Jetzt reden Konzern und Regierung den Menschen ein, das bestehende Kraftwerk würde noch bis 2032 laufen.

So wurde und wird noch immer auf dem Rücken der bedrohten Dorfbewohner und der Beschäftigten gepokert.

Um den Wandel noch zu gestalten, ist jetzt jeder Monat Planungssicherheit wichtig. Wir machen uns große Sorgen, dass es Politiker gibt, die noch die Landtagswahl im September 2019 abwarten wollen, bevor sie den Menschen die Wahrheit sagen.

Das Klima und die Menschen in der Region brauchen eine schnelle Entscheidung. Deshalb sind wir froh über die Forderungen der Klimapilger, die in Berlin an die Kohlekommission übergeben werden sollen. Und ich danke Euch deshalb noch einmal, dass Ihr hier her gekommen seid.

René Schuster, Umweltgruppe Cottbus